

Landsmannschaft Ostpreußen

LANDESGRUPPE NORDRHEIN - WESTFALEN E. V.

40591 Düsseldorf, Werstener Dorfstr. 187, Telefon: 0211 - 395763, Fax: 02964-945459

E-Post: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de

www.Ostpreussen-NRW.de



PRESSEMELDUNG, 04.08.2010

Geistige Brandstiftung aus Reihen von SPD und Grünen nicht hinnehmbar

Die Landsmannschaft Ostpreußen, Landesgruppe NRW, verurteilt die unerträglichen Angriffe auf die stellvertretenden BdV-Mitglieder im Rat der Bundesstiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“, Arnold Tölg und Hartmut Saenger, aus Reihen von SPD und Grünen aufs Entschiedenste.

Der amerikanische Historiker und Völkerrechtler Prof. Dr. iur. Dr. phil. Alfred-Maurice de Zayas, ehemaliger Chef der Beschwerdeabteilung im Büro des UNO-Hochkommissars für Menschenrechte und Sekretär des UNO-Menschenrechtsausschusses a. D., zieht aus seinen jahrzehntelangen Forschungen zu Flucht und Vertreibung folgende Schlüsse:



„Der Zweite Weltkrieg gab den Anlass und die Möglichkeit der Vertreibung, war aber nicht ihre Ursache. Wesentliche Ursachen dieses weltweit beispiellosen Geschehens waren vielmehr bewusste, vielfach von langer Hand herbeigeführte politische Entscheidungen. Dies belegen Dokumente und offene Bekenntnisse der verantwortlichen tschechischen, polnischen und sowjetischen Politiker. Zu den weiteren Ursachen gehören die geopolitischen Ambitionen Stalins und der Wille der Westalliierten, Deutschland nachhaltig zu schwächen. **Entsprechende Bestrebungen tschechischer und polnischer Politiker reichen nachweislich viele Jahrzehnte vor den Beginn des Zweiten Weltkrieges und die Machtergreifung Hitlers zurück.** Somit darf die Vertreibung nicht allein aus der Perspektive des 1. Septembers 1939 betrachtet werden. Auch der dynamische slawische Nationalismus des 19. Jahrhunderts und die Beschlüsse der Verträge von Versailles, St. Germain und Trianon von 1919 müssen als Ursachen mit berücksichtigt werden. [...]

Die **schwere und anhaltende Verharmlosung** der Vertreibung der Deutschen stellt eine Menschenrechtsverletzung dar, denn sie bedeutet eine unzulässige Diskriminierung der Opfer. [...] Die Vertreibung der Deutschen ist als **größte Vertreibung der Geschichte** auch weiterhin unverändert aktuell, weil nach diesem unaufgearbeiteten Präzedenzfall sich bis heute laufend weitere Vertreibungen ereignet haben und noch ereignen [...].“¹

Es ist erschreckend, dass NRW-Europaministerin Angelica Schwall-Düren (SPD) offenbar nicht in der Lage zu sein scheint, ihr monokausal geprägtes und damit schon vom Ansatz her unhistorisches Geschichtsbild zu hinterfragen. Mit

ihrer Unwilligkeit oder gar Unfähigkeit, einfache Fakten zur Kenntnis zu nehmen, schadet sie dem Stiftungszweck und disqualifiziert sich für ihre Ämter als Stiftungsratsmitglied und als Ministerin in Nordrhein-Westfalen.

Ehrliche und nachhaltige Versöhnung kann nur auf der Grundlage der gesamten historischen Wahrheit erfolgreich sein. Wer jedoch wie Grünen-Chefin Claudia Roth oder die SPD-Politiker Dietmar Nietan und Karl Lauterbach mit hohlem, in Moskau und Ost-Berlin generiertem Revanchismusvokabular aus der Mottenkiste des Kalten Krieges vorsätzlich Diffamierungskampagnen lostritt, hat die Schwelle zur geistigen Brandstiftung überschritten.

¹ Alfred-Maurice de Zayas: 50 Thesen zur Vertreibung, London u. München 2008, S. 12-33.